

**Stellungnahme der SPD-Schwalbach
zur Stadtverordnetenversammlung vom vergangenen Donnerstag
Ein schlechter Fastnachtsscherz und unschönes Beispiel
kommunalen Parlamentarismus: Die Stadtverordnete Katja
Lindenau (Bündnis 90/Grüne) hat am 11.11. mit
ihrer „Persönlichen Erklärung“ nicht nur gegen die
Geschäftsordnung verstoßen, sondern auch falsche Inhalte
verbreitet**

Zum turbulenten Ende der letzten Stadtverordnetenversammlung möchte die Schwalbacher SPD Folgendes anmerken:

Erstens, zum Vorgang: Nicht zum ersten Mal haben die Schwalbacher Grünen auf unfaire Weise das parlamentarische Instrument der „Persönlichen Erklärung“ für ihre politische Stimmungsmache missbraucht. Die Geschäftsordnung des Stadtparlaments sieht solch eine Rede am Ende einer Sitzung vor, um den Mitgliedern in bestimmten Situationen die Gelegenheit für persönliche Worte zu geben. So hat beispielsweise der langjährige FDP-Fraktionsvorsitzende Chris Higman diese Möglichkeit genutzt, um nach der Brexit-Entscheidung mitzuteilen, dass er als Brite nun nicht mehr dem Stadtparlament angehören können wird. So etwas ist eine Persönliche Erklärung!

Die Grünen jedoch versuchen wiederholt, diese Redezeit für Kommentare aktueller politischer Streitpunkte zu nutzen. Das verstößt nicht nur gegen die Geschäftsordnung, sondern ist auch ausgesprochen unkollegial, da es sich hierbei um einen Redebeitrag einer Sitzung handelt, bei dem keine Gegenrede mehr vorgesehen ist.

Der Stadtverordnete Thomas Nordmeyer hat in der letzten Legislaturperiode bereits einmal eine angeblich „Persönliche Erklärung“ für Angriffe auf Christiane Augsburgers zweckentfremdet, wohl wissend, dass die damalige Bürgermeisterin ihm danach nicht mehr antworten kann. Und diesmal war es die ehemalige Bürgermeisterkandidatin der Grünen, Katja Lindenau, die sich die sozialdemokratischen Akteneinsichtsausschussmitglieder Dr. Claudia Ludwig, Christian Baus und Jan Frey sowie v.a. dessen Vorsitzenden Eyke Grüning als Angriffsziel ausgesucht hat und damit auch den Stadtverordnetenvorsteher Günter Pabst überrumpelte. Denn Inhalt und Tenor ihrer angeblichen „Persönlichen Erklärung“ hatte sie ihm im Vorfeld wohlweislich verschwiegen.

In unserer Schwalbacher Geschäftsordnung (§ 24) heißt es:

„Persönliche Erklärungen sind Darstellungen eines Mitglieds der Stadtverordnetenversammlung, die es aufgrund eines Ereignisses abgibt, das nicht im Zusammenhang mit den Beratungen in der laufenden Sitzung steht. ... Sie sind dem oder der Vorsitzenden vorher schriftlich mitzuteilen und dürfen die abgeschlossene Beratung von Beratungsgegenständen nicht wieder aufgreifen“

BEIDES war jedoch bei der Erklärung von Frau Lindenau gegeben. Zum Einen sprach sie zum Abschlussbericht zur *Greensill*-Geldanlage, der bereits auf der vergangenen Stadtverordnetenversammlung gehalten worden war sowie zum *Thema Greensill* selbst, zu dem aber ein Antrag ihrer eigenen Partei auf der aktuellen Tagesordnung stand. Ihren als „Persönliche Erklärung“ getarnten Redebeitrag hätte sie also auch ganz geschäftsordnungskonform zu diesem Antrag halten können - mit dem Unterschied, dass dann **eine Erwiderung** seitens der Angegriffenen möglich gewesen wäre. Dies war offensichtlich von Frau Lindenau nicht gewünscht. Aus diesem Grund, weil sie keine Möglichkeit einer Entgegnung hatten und stattdessen dem Verstoß gegen jegliches Reglement tatenlos hätten zuhören müssen, haben fast alle SPD-Stadtverordneten sowie etliche Mitglieder der CDU Fraktion unter Protest den Saal verlassen.

Katja Lindenau hat bei dem an sich schon ungeheuerlichen Vorgang auch noch ihre Redezeit deutlich überschritten, so dass der Stadtverordnetenvorsteher kraft Amtes sie schließlich unterbrechen musste. Mittlerweile hat Stadtverordnetenvorsteher Günter Pabst in einem Brief an die Stadtverordneten bedauert, dass er die Angriffe auf Mitglieder der Versammlung sowie „ein politisches Statement in eine ‚Persönliche Erklärung‘ verpackt“ zunächst geduldet und Frau Lindenaus Ankündigung vertraut hatte und verurteilt ihren Auftritt als „unwürdig“.

Zweitens, zum Inhalt: Was in dieser „Persönlichen Erklärung“ vorgetragen wurde, entbehrt zudem jeglicher Grundlage. Frau Lindenau wirft darin den Ausschussmitgliedern der SPD vor, wie diese während der letzten Sitzung ihre Anmerkungen für den Abschlussbericht des

Vorsitzenden Eyke Grüning vorzutragen. Dabei hat sie offensichtlich z.T. wörtlich mitgeschrieben, was die Stadtverordneten Ludwig, Baus, und Frey einbrachten. Die harsche Kritik von Frau Lindenau ist absurd und wird von uns strikt zurückgewiesen. Mitglieder des Ausschusses haben sich gemeldet und das in die Runde gerufen, was ihnen ein Anliegen war und daher Aufnahme in den Bericht finden sollte. Alle! Mitglieder aller Parteien! Und selbstverständlich wurden dabei

auch die entsprechenden Seiten und Aktenordner genannt, in denen die aufschlussreichen Passagen zu finden sind. So belegt man Zitate, Frau Lindenau, mit einer Quellenangabe, so wie es jede Abiturientin und jeder Abiturient lernt. Was soll daran falsch gewesen sein? Außerdem handelte es sich bei der Wiedergabe eines E-Mailverkehrs durchaus um ein wichtiges Dokument.

Wir alle haben zum ersten Mal an solch einem Akteneinsichtsausschuss teilgenommen und viel Zeit mit dem Aktenstudium verbracht, um die Vorgänge der fatalen und folgenschweren Geldanlage aufzuklären. Nur, weil das Ergebnis den Grünen nicht gefällt und unseren Bürgermeister, v.a.,

was die Initiative für die Wahl von *Greensill* angeht, entlastet, sollte man nicht zu unfairen Mitteln greifen.

Die Schwalbacher SPD würde sich nun gerne wieder konkreter und konstruktiver Kommunalpolitik im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger und unserer Stadt widmen.